



ABR/01/2014

Abschrift!

## Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Brandschutz und  
Rettungswesen  
am Mittwoch, dem 14.05.2014, 16:00 Uhr,  
im Lehrsaal der Feuerwehrtechnischen Zentrale des Landkreises  
Nienburg/Weser, Verdener Landstraße 107, 31582 Nienburg**

---

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 16:43 Uhr

Anwesend:

### Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg  
Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum  
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg  
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen  
Herr KTA Günter Kesebom, 27324 Hassel  
Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge  
Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg  
Herr KTA Heinz Schmidt, 27324 Hämelhausen  
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen

Vertretung für Herrn  
Kreistagsabgeord-  
neten Hans-  
Hermann Stein-  
mann

Herr KTA Hartmut Waschke, 31582 Nienburg

### Beratendes Mitglied

Herr Volker Brinkmann, 31623 Drakenburg  
Herr Bernd Fischer, 31592 Stolzenau  
Herr Dr. Wolf-Dieter Mengert, 31633 Leese  
Herr Erich Plenge, 31621 Pennigsehl

Vertretung für Herrn  
Martin Krone

Herr Jens Sewohl, 31547 Rehburg-Loccum  
Herr Peter Steinbach, 27318 Hoya

### Verwaltung

Frau KVOR Elke Berg-Düsberg,  
Herr Erster Kreisrat Thomas Klein,  
Herr Thomas Wegener,

Der Vorsitzende KTA Schlemermeyer eröffnet um 16:03 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Brandschutz und Rettungswesen, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Brandschutz und Rettungswesen vom 13.11.2013
- TOP 2: Bedarfsplanung für den Rettungsdienstbereich Landkreis Nienburg/Weser **2014/096**
- TOP 3: Beschaffung von Notstromaggregaten **2014/094**
- TOP 4: Abschlussberichte für das Haushaltsjahr 2013 **2014/088**
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 5.1: Mitteilungen/Anfragen  
hier: Beschaffungen für die Kreisfeuerwehr in den vergangenen Jahren
- TOP 5.2: Mitteilungen/Anfragen  
hier: Tätigkeitsberichte der Funktionsträger im Brandschutzbereich
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Schlemermeyer	gez. Wegener	gez. Klein
Kreistagsabgeordneter	Protokollführer	Erster Kreisrat



**Protokoll zu TOP 1**

---

14.05.2014

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses  
für Brandschutz und Rettungswesen vom 13.11.2013**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



## Protokoll zu TOP 2

---

**2014/096**

14.05.2014

### **Bedarfsplanung für den Rettungsdienstbereich Landkreis Nienburg/Weser**

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Brandschutz und Rettungswesen nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

EKR Klein erläutert, dass sich die Anforderungen an die Dienstleistung Rettungsdienst geändert haben. Im vergangenen Sommer wurde ein Gutachten zur umfassenden Betrachtung des Rettungsdienstes im Landkreis Nienburg/Weser in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis jetzt vorliege. Dem Ausschuss solle nunmehr eine Vorabinfo über die wesentlichen Inhalte und Erkenntnisse sowie die abzuleitende Vorgehensweise gegeben werden. Das Gutachten habe aufgezeigt, dass die Eintreffzeit von 15 Minuten in 95 % der Fälle in der Notfallrettung nicht eingehalten werde und es zu lange Wartezeiten im Krankentransport gebe. Aus dem Gutachten sei zu erkennen, dass es organisatorischen Optimierungsbedarf gebe. Hierzu sei die Verwaltung bereits mit den Beauftragten des Rettungsdienstes, dem ASB und DRK, wie auch der Leitstelle im Gespräch. Darüber hinaus müsse die Rettungsmittelvorhaltung in den vorhandenen Strukturen erhöht werden und die Standorte der Rettungswachen seien auch nicht ganz optimal gewählt: In den Gemeinden Rodewald, Steimbke und Wietzen gebe es strukturelle Defizite, die zu beheben seien. Auch mit der Unterstützung aus dem Heidekreis und der Region Hannover gebe es signifikante Hilfsfristüberschreitungen im Bereich Rodewald/Steimbke. Der Heidekreis und die Region Hannover hätten bestätigt, dass sie derzeit nicht in der Lage sind, den Bedarf der Notfallrettung in diesen Gemeinden bedienen zu können. Gespräche mit den Beauftragten zur Optimierung der Rettungsmittelvorhaltung auf Basis bestehender Verträge wurden geführt. Ein potenziell schwierigeres Gespräch mit den Kostenträgern des Rettungsdienstes war von Fairness und Akzeptanz des Gutachtens geprägt. Es gebe zwar noch keine dezidierten Äußerungen der Kostenträger, man könne aber optimistisch

sein, dass es hier nicht zu grundlegenden Diskussionen bezüglich der Umsetzung des Gutachtens kommen werde.

Derzeit sei der neue Bedarfsplan in Arbeit, der in der nächsten Sitzung am 25.06.2014 dem Ausschuss mit einem entsprechenden Entscheidungsvorschlag vorgelegt werden solle, um ihn dann in der Kreistagssitzung am 18.07.2014 beschließen zu können. Vor ein paar Jahren wäre damit die Aufgabe im Wesentlichen erledigt gewesen. Die Anpassung der bestehenden Verträge wäre verhandelt und die Änderungen durch die Beauftragten umgesetzt worden. Diese Zeiten seien jedoch vorbei. Zunächst der BGH und dann 2010 der EuGH hätten die EU-weite Ausschreibungspflicht für Rettungsdienstleistungen festgestellt. Diese Rechtsprechung sei nun, Anfang 2014, durch eine neue Vergaberichtlinie wiederum dahingehend modifiziert worden, dass der Rettungsdienst unter bestimmten Voraussetzungen von der grundsätzlichen Ausschreibungspflicht ausgenommen sei. Solange dies jedoch nicht in deutsches Recht umgesetzt worden sei, gelte grundsätzlich die umfassende Ausschreibungsverpflichtung weiter. Für den deutschen Gesetzgebungsprozess seien ca. 2 Jahre anzusetzen. Vor dem Hintergrund dieser unklaren Situation sei lt. EKR Klein in Übereinstimmung mit dem Niedersächsischen Landkreistag von der Notwendigkeit eines transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens auszugehen, das niemanden benachteilige. Dem gegenüber liege ein vom DRK Nienburg beauftragtes Rechtsgutachten vor, das eine niederschwellige Vergabe auf der Basis der vorhandenen Vereinbarungen für zulässig halte. Die sich daraus ergebende Rechtsfrage müsse ggf. durch externe Beratung geklärt werden, die ggf. auch für die Durchführung eines rechtssicheren Vergabeverfahrens notwendig sei. EKR Klein erklärt, dass er den politischen Entscheidungsträgern nur Vorschläge hierzu machen werde, die rechtliche Risiken möglichst reduzieren. Mitte der zweiten Jahreshälfte 2014 solle die Entscheidung über die Form der Vergabe getroffen werden. Ein ggf. danach stattfindendes durch einen Fachanwalt begleitetes Vergabeverfahren dürfte bis weit in das Jahr 2015 hinein dauern, so dass die Umsetzung nach erfolgreicher Beauftragung frühestens Ende 2015, Anfang 2016 zu erwarten sei. Bis zur Umsetzung des neuen Bedarfsplanes seien also 1 ½ Jahre + x einzuplanen. Angesichts dieses Zeitraumes müssten Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um bis zur endgültigen Umsetzung des neuen Bedarfsplanes wieder Eintreffzeiten den rechtlichen Erfordernissen entsprechend erreichen zu können.

Vorsitzender KTA Schlemmermeyer kann sich noch an die Vorstellung des letzten Gutachtens von 2006 erinnern und die Aussage man habe zu viele Fahrzeuge im Rettungsdienst.

KTA Hauschildt dankt EKR Klein für die ausführliche Darstellung und fragt, ob im Gespräch mit den Kostenträgern des Rettungsdienstes auch schon Aussagen zu einer Übernahme der Kosten für die Sofortmaßnahmen getroffen wurden. EKR Klein erklärt, dass sich die Kostenträger hierzu offen gezeigt haben.

Nachdem Rodewald/Steimbke und Wietzen als Bereiche mit schlechten Eintreffzeiten dargestellt wurden, fragt KTA Hauschildt nach der Situation im Südkreis. EKR Klein erwidert, dass die Rettungsmittelvorhaltung im ganzen Landkreis ausgeweitet werden müsse, im Südkreis aber keine strukturellen Veränderungen erforderlich seien, wie in den vorgenannten Bereichen.

KTA König-Meyer fragt, ob durch die dargestellten Problemfelder tatsächlich schon jemand zu Schaden gekommen sei, was von EKR Klein verneint werden konnte.

KTA Dralle bezweifelt, dass die Ausweitung der Rettungsmittelvorhaltezeiten ausreichend sein werde, um die Patientenströme aus den Arztpraxen und Krankenhäusern zeitgerecht bedienen zu können. Auch werde schnell ein Notarzt zusätzlich zum Rettungswagen geschickt, obwohl der Arzt das nicht entschieden habe. EKR Klein erklärt, dass der Krankentransport ein sehr komplexes Thema sei. Rettungswagen fahren auch Krankentransporte und erzeugen hier Duplizitätsfälle in der Notfallrettung. Jedoch werde die Kombination aus Notfallrettung und Krankentransport im Landkreis Nienburg/Weser nicht aufgegeben werden.

Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst Dr. Mengert erklärt, dass die Entscheidung über das erforderliche Rettungsmittel nicht der Arzt, sondern die Leitstelle unter Berücksichtigung des Notarztindikationskataloges treffe. Stelle der Arzt beim Patienten einen Infarkt fest, werde der Notarzt alarmiert, denn mit Verlassen der Praxis übernehme der Rettungsdienst die Verantwortung für den Patienten. Die längeren Wartezeiten für die Transporte der Patienten bei Entlassungen liegen im Übrigen auch an den Krankenhäusern selbst, Gespräche hierzu wurden aber bereits geführt.



## Protokoll zu TOP 3

---

**2014/094**

14.05.2014

### **Beschaffung von Notstromaggregaten**

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Brandschutz und Rettungswesen nimmt zustimmend Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

KVOR Berg-Düsberg erklärt, dass bereits im Rahmen der Haushaltsplanungen 2014 berichtet wurde, dass eine provisorische Notstromversorgung für das Kreishaus aufgebaut werden solle. Es wurden Mittel für diese Maßnahme in Höhe von 180.000 € zur Verfügung gestellt. Ein Ziel dieser Beschaffung war, dass die zu beschaffenden Notstromaggregate in den nicht benötigten Zeiten und nach Einrichtung einer endgültigen Notstromversorgung des Kreishauses durch die Feuerwehr genutzt werden können. Für die jetzt beabsichtigte Lösung für das Kreishaus wird nicht die vorgenannte Gesamtsumme benötigt. Die Verwaltung beabsichtige, mit diesen nicht benötigten Mitteln zusätzlich ein kleineres Notstromaggregat für die Feuerwehr zu beschaffen. Damit wäre der erste Schritt auch für die Betankung von Einsatzfahrzeugen bei einem großflächigen Stromausfall gemacht.

KTA Hauschildt erklärt, dass das generell nachvollziehbar sei, er sich aber die Frage stelle, wo das große Aggregat untergestellt werden solle. KVOR Berg-Düsberg erläutert, dass hierzu Gespräche mit der Stadt Nienburg geführt wurden, die nach interner Abstimmung einer Unterbringung im Feuerwehrhaus Nienburg zugestimmt habe. Die FTZ werde sich um das Gerät selbst kümmern, Nienburg und alle anderen Feuerwehren können es nutzen. EKR Klein ergänzt, dass auch dieses Gerät mobil und für Großschadensereignisse und Veranstaltungen nutzbar sei. Das sei mit der Kreisfeuerwehr abgestimmt. Mit dieser Lösung seien wir besser aufgestellt, als mit zwei kleinen Aggregaten, die beide für eine Einspeisung im Kreishaus erforderlich wären und sie sei sogar noch günstiger.

Vorsitzender KTA Schlemmermeyer erklärt, dass nach Abstimmung der Feuerwehr mit der Stadt Nienburg nur die Feuerwehr Nienburg als geeignet in Betracht kam, da nur sie die Zugfahrzeuge für dieses Aggregat habe, das immerhin 3,5 t wiege.

KTA Waschke erkundigt sich nach den Prüfungsintervallen für dieses große Aggregat. KVOR Berg-Düsberg erklärt, dass das Gerät vierteljährlich laufen müsse, einmal im Jahr unter Vollast gefahren werden solle und es alle zwei Jahre zum TÜV müsse. Einmal im Jahr solle eine Übung im Echtbetrieb am Kreishaus stattfinden. EKR Klein ergänzt, dass durch die Nutzung der Feuerwehr davon ausgegangen werden könne, dass das Gerät nicht nur zum Test in Betrieb genommen werde.

KTA Brüning stellt die Frage nach den Kosten für das etwaige Zubehör. KBM Fischer erklärt, dass für die Beleuchtungssätze und weiteres Zubehör rund 12 bis 14.000 € einzuplanen sind. KVOR Berg-Düsberg ergänzt, dass diese Mittel bereits an anderer Stelle im Haushalt 2014 eingestellt sind.



## Protokoll zu TOP 4

---

**2014/088**

14.05.2014

### **Abschlussberichte für das Haushaltsjahr 2013**

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Brandschutz und Rettungswesen nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

Verw. Ang. Wegener erklärt, dass aus einem technischen Problem heraus drei Seiten vom Abschlussbericht für das Haushaltsjahr 2013 nicht mit ausgedruckt wurden und in der Anlage zu dem Bericht 2014/088 fehlten. Im Online-Informationssystem war der Bericht vollständig einsehbar. Es handele sich um die Übersicht der Ertragskonten und die Zusammenstellung der Investitionen zum Produkt 17510 für 2013. Er bittet dies zu entschuldigen und habe in Abstimmung mit dem Büro des Landrates den kompletten Abschlussbericht vor der Sitzung noch einmal im Ausdruck ausgelegt und werde diesen auch der anschließenden Niederschrift noch einmal für alle Kreis tagsabgeordneten beifügen.

KTA Hauschildt würde in dem Bericht gern auch die Zahlen der Kinderfeuerwehren als Kennzahl sehen. Verw. Ang. Wegener erklärt, dass diese Kennzahl bereits im Haushalt 2014 eingearbeitet wurde.



## **Protokoll zu TOP 5.1**

---

14.05.2014

### **Mitteilungen/Anfragen**

#### **hier: Beschaffungen für die Kreisfeuerwehr in den vergangenen Jahren**

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

#### Beratungsgang:

KVOR Berg-Düsberg berichtet, dass im Presseartikel in der Tageszeitung "Die Harke" vom 01.04.2014 die Aussage getroffen wurde, dass der Abbau eines seit Jahren bestehenden Staus an Beschaffungen bei der Kreisfeuerwehr völlig unbefriedigend sei. Zur Richtigstellung dieser Aussage stellt sie kurz die Beschaffungen für die Kreisfeuerwehr der letzten 4 Jahre dar. Im Investitionsbereich wurden 2010 der ELW 2 und eine Absetzmulde "Schaum" für 455.000 €, in 2011 zwei MTF, ein Motorrad, ein Wechselladerfahrzeug und der GW-Logistik für Münchehagen beschafft sowie die Drehleiter Liebenau repariert und drei Abrollbehälter fertig gestellt für zusammen rund 583.000 €. In 2013 wurde der GW-Küche, der Anhänger mit Ölsperre und eine mobile Tankanlage für rund 419.000 € beschafft. Für 2014 ist u.a. die Beschaffung eines Dekontaminationsmehrzweckfahrzeuges (DMF) für rund 330.000 € vorgesehen.

Darüber hinaus wurden jährlich diverse kleinere Beschaffungen aus dem pauschal angesetzten Haushaltstitel mit 80.000 € getätigt. KVOR Berg-Düsberg erklärt, dass nicht immer alle gewünschten und möglichen Maßnahmen sofort erfolgen, weil viele dieser Themen einen nicht unbeachtlichen Arbeitsanteil in der Verwaltung bereits eingefordert haben und einfordern. In Anbetracht der anderen Notwendigkeiten, z.B. auch im Rettungsdienst, können diese Arbeiten nur sukzessive aufgenommen werden. Die Themen seien zwar im Blick, aber nicht immer erste Priorität. Zurzeit habe diese der Rettungsdienst.



## **Protokoll zu TOP 5.2**

---

14.05.2014

### **Mitteilungen/Anfragen**

**hier: Tätigkeitsberichte der Funktionsträger im Brandschutzbereich**

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

#### Beratungsgang:

Verw. Ang. Wegener teilt mit, dass die Tätigkeitsberichte der Funktionsträger im Brandschutzbereich für das Kalenderjahr 2013 vollständig vorliegen und bei Interesse oder Bedarf im Fachdienst abgefordert werden können.



**Protokoll zu TOP 6**

---

14.05.2014

**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Beschluss:

Beratungsergebnis:

Beratungsgang:

Es wurden keine Fragen gestellt.